

Synopse der Antworten der Parteien zu unseren Lösungsvorschlägen mp 12/2019

Gemeinwohl-Ökonomie Hamburg

Lösungsvorschläge an KandidatInnen zur Bürgerschaftswahl 2020

Mit der Fridays-for-Future Bewegung wird vielen zunehmend klar, dass wir eine sehr grundlegende sozial-ökologische Wende brauchen, um unseren Enkeln ein „Gutes Leben für Alle“ zu ermöglichen. Die Stadt Hamburg und viele Bürger-Initiativen haben sich schonwenn auch meist zaghaft - auf den Weg gemacht. Die GWÖ-Bewegung Hamburg will helfen, die notwendige Transformation zu beschleunigen. Deshalb unterstützen wir Vorschläge, die von NGOs zur Klima-, Wohn- und Sozialpolitik, Verkehrs- und Ernährungswende u.v.m. unterbreitet werden. Sie zielen vielfach darauf ab, die Sustainable Development Goals der UN, zu denen sich auch der bisherige Senat der Stadt bekannt hat, in die Tat umzusetzen. Die GWÖ hält eine grundlegend andere Wirtschaftsweise für zwingend, um sozial und global gerecht, innerhalb der planetaren Grenzen zu wirtschaften. Wie das im Einzelnen gehen kann, muss häufig erst noch erforscht und gesellschaftlich debattiert und vereinbart werden. Unsere Vorschläge angesichts der Bürgerschaftswahl im Februar 2020 knüpfen an bisher Erreichtes an und sind als nächste Schritte für die kommende Legislaturperiode gedacht. Wir fokussieren dabei auf die GWÖ-spezifischen Aspekte:

Inhalt

1. Gemeinwohl-Bilanzen werden explizit als optionales Format von Nachhaltigkeitsberichten für öffentliche Beteiligungs-Unternehmen der Freien Hansestadt Hamburg (FHH) benannt.....	3
2. Die Wirtschaftsförderung der Freien Hansestadt Hamburg unterstützt Klein- und Mittelunternehmen (KMU), die eine Gemeinwohl-Bilanz erstellen wollen.....	6
3. Die Wirtschaftsförderung der FHH initiiert ein Kompetenz-Zentrum „Gemeinwohl“ zur Bildung/ Beratung /Vernetzung/ Dokumentation/ Bereitstellung von Fördermitteln für KMU's.....	8
4. Mit den Beschaffungsrichtlinien der FHH und ihren Beteiligungsunternehmen sowie bei öffentlichen Aufträgen werden Lieferanten/ Organisationen bevorzugt, die einen Nachhaltigkeitsnachweis, bevorzugt eine Gemeinwohl-Bilanz, vorweisen können.....	10
5. Die Freie Hansestadt Hamburg - oder einzelne Bezirke als Pilotprojekt – erstellen eine Gemeinwohl-Bilanz für sich selbst.....	12

1. Gemeinwohl-Bilanzen werden explizit als optionales Format von Nachhaltigkeitsberichten für öffentliche Beteiligungs-Unternehmen der Freien Hansestadt Hamburg (FHH) benannt.

Begründung: Es ist erfreulich, dass die Bürgerschaft im Juni die Erstellung von Nachhaltigkeitsberichten für die Beteiligungsunternehmen der Stadt verpflichtend machte. Die Gemeinwohl-Bilanz gibt einen umfassenden Überblick – alle Sustainable Development Goals der UN sind enthalten – über die Gemeinwohl-Orientierung von Unternehmen und Organisationen. Greenwashing ist ausgeschlossen. GWÖ-Bilanzen werden grundsätzlich öffentlich gemacht.

CDU

Hamburg führt bei seinen Beteiligungen schrittweise Nachhaltigkeitsberichte ein. Wenn dies erfolgt ist, kann geprüft werden, ob diese die gewünschten Informationen liefern oder ob noch Optimierungsbedarf besteht.

FDP

Die FDP-Bürgerschaftsfraktion hat die Änderung des Hamburgischen Corporate Governance Kodex zur Einführung der Nachhaltigkeitsberichterstattung für große öffentliche Unternehmen unterstützt. Inwieweit die Erstellung von Gemeinwohl-Bilanzen die Kriterien der Nachhaltigkeitsberichterstattung erfüllt und ebenfalls genutzt werden kann müssen die jeweiligen Geschäftsführungen und Aufsichtsgremien entscheiden. Die Stadt als (Teil-) Eigentümerin der jeweiligen Unternehmen kann jedoch über ihre Aufsichtsgremien auf diese Möglichkeit des Formats hinweisen.

SPD

Die Hamburger SPD, die SPD-Bürgerschaftsfraktion und der SPD-geführte Senat sind zu diesen Zielen für Nachhaltigkeit und Berichtserstattung städtischer Unternehmen bzw. Beteiligungen auf dem Weg – und werden diesen konsequent weitergehen.

Jüngst wurde der Hamburger Corporate Governance Kodex (HCGK), das Regelwerk für gute Unternehmensführung in den öffentlichen Unternehmen, um Bestimmungen zum Thema Nachhaltigkeit erweitert. Städtische - große - Unternehmen müssen künftig die UN-Nachhaltigkeitsziele, die „SDG“, verbindlich berücksichtigen und dem Aufsichtsrat Rechenschaft ablegen. Zudem müssen sie alle zwei Jahre einen Nachhaltigkeitsbericht gemäß Kriterien des Deutschen Nachhaltigkeitskodex veröffentlichen. Die Berichtspflicht umfasst Unternehmen, deren Bilanzsumme entweder größer ist als 20 Millionen Euro, die Umsatzerlöse größer als 40 Millionen Euro erzielen oder die mehr als 250 Beschäftigte haben (zwei der drei Kriterien müssen erfüllt sein).

Ein umfassendes Verständnis von Nachhaltigkeit hat dabei die Beschäftigten, ihre Aus- und Weiterbildung, ihre Gesundheit und weitere soziale Aspekte im Blick – die SDG gehen wie

bekannt über Klimaschutz hinaus. Die neuen Regelungen gelten bereits zum 1. Januar 2020 – und die Entwicklung des Berichtswesens wird hier weitergehen.

Grüne

Wir teilen diese Forderung, nicht nur, sie steht in unserem Regierungsprogramm: „Dafür werden wir die Gemeinwohlbilanz als zusätzliches Bilanzierungsinstrument einführen und schrittweise die städtischen Unternehmen einbeziehen.“ (...) „Nachdem wir Nachhaltigkeitsberichte für alle großen Hamburger Unternehmen eingeführt haben, wollen wir diese im nächsten Schritt zur Gemeinwohlbilanzierung ausbauen und auch die Dotierung der Geschäftsführungen an das erfolgreiche Erreichen der Key Performance Indikatoren im Nachhaltigkeitsbereich koppeln.“

Linke

Um Sachgerecht auf ihre Vorschläge zu antworten, vorab einige übergreifende Positionen der Linken zur Gemeinwohlökonomie.

DIE LINKE fordert, dass sich das gesamte Wirtschaften wieder an den Interessen des Gemeinwohls zu orientieren hat. Dies ist schon Auftrag unseres Grundgesetzes, in dem es in Artikel 14 heißt: „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohl der Allgemeinheit dienen.“ Die bisherige Praxis, den Erfolg von Unternehmen in erster Linie an Ertragskennziffern zu bemessen, geht an übergreifenden gesellschaftlichen Zielen vorbei. DIE LINKE bekennt sich zu den Sustainable Development Goals.

„Menschen und Natur vor Profite – für eine soziale, ökologische und demokratische Wirtschaft der Zukunft“ DIE LINKE fordert den sozialen und ökologischen Umbau der Wirtschaft und bettet dieses Ziel in die Frage globaler Gerechtigkeit und Verantwortung ein. „Die Umsetzung der universellen UN-Agenda 2030 und der darin formulierten 17 Nachhaltigkeitsziele „muss die Verantwortung des Nordens verstärkt ins Zentrum rücken. Sie muss auf strukturelle Veränderungen zielen, um Armutsbekämpfung, Entwicklung und den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen weltweit zu ermöglichen.“

DIE LINKE betrachtet die SDGs also weder einseitig als entwicklungs-, noch als klima- oder umweltpolitisches Thema. Vielmehr bekennt sie sich klar zu den SDGs als Mindestziele für Deutschland und verknüpft unter den Stichwörtern soziale Gerechtigkeit, Demokratisierung und internationale Solidarität den sozial-ökologischen Umbau in Deutschland mit einer Neuausrichtung der Entwicklungszusammenarbeit sowie einem strukturellen Wandel der Wirtschafts-, Agrar-, Außen-, Handels-, Finanz- und Steuerpolitik. Gerade die Anerkennung dieser Bereiche globaler Strukturpolitik als Teil der Verantwortung, die SDGs eben nicht nur in, sondern auch durch und mit Deutschland umzusetzen, geht über die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung hinaus.

Die wirtschaftspolitischen Ziele der LINKEN orientieren sich an den Bedürfnissen der Bevölkerungsmehrheit und nicht an den Bereicherungsinteressen der oberen Zehntausend. DIE LINKE ist der Überzeugung, dass ein krisenfreier, sozialer, ökologischer und friedlicher Kapitalismus als Wirtschaftsordnung nicht möglich ist. Die Überwindung der sozialen Krisen und der Energie- und der Klimakrise erfordert eine neue Wirtschaftsordnung, die nicht mehr vom Streben nach maximalem Profit beherrscht wird. Ein grundlegender Richtungswechsel der ökonomischen, gesellschaftlichen und ökologischen Entwicklung ist notwendig. Dazu muss die gesamte Wirtschafts- und Lebensweise und insbesondere das Energiesystem naturverträglich umgestaltet werden. Dies muss verbunden werden mit einer Politik zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Mehrheit der Menschen. Die soziale Sicherung und die öffentlichen und sozialen Dienstleistungen müssen ausgebaut anstatt abgebaut werden. Die Umverteilung von unten nach oben muss gestoppt werden. Privatisierungen müssen verhindert, stattdessen der öffentliche und gemeinwirtschaftliche Sektor wieder erweitert werden. Dafür setzen wir uns in den gesellschaftlichen und politischen Kämpfen ein!

Dies vorweggestellt beantworten die Thesen wie folgt:

DIE LINKE ist dafür, dass alle Beteiligungsunternehmen der Freien und Hansestadt Hamburg grundsätzlich auch aus der Perspektive der Gemeinwohlökonomie berichten. Die Art und Weise der Implementation, z.B. über den Hamburger Corporate Governance Kodex, soll in Abstimmung mit Vereinen und Verbänden geschehen. Diese Berichte, zusammen mit den politischen Entscheidungen der Stadt selbst und ihres Kernhaushalts, sollen zukünftig einen geeigneten Überblick über die Gemeinwohlorientierung der Freien und Hansestadt Hamburg geben. Die Hinweise und Vorstellungen der GWÖ Hamburg begrüßen wir ausdrücklich und würden Sie in Zukunft in den Prozess zur Implementierung gerne einbeziehen.

2. Die Wirtschaftsförderung der Freien Hansestadt Hamburg unterstützt Klein- und Mittelunternehmen (KMU), die eine Gemeinwohl-Bilanz erstellen wollen.

Begründung: Für KMU's ist der zeitliche und Kostenaufwand der Erstellung einer Gemeinwohl-Bilanz manchmal abschreckend. Gleichzeitig gibt es aber viele KMU's, die einen sehr positiven Gemeinwohl-Beitrag leisten. Eine finanzielle Förderung – z.B. ähnlich dem Stuttgarter Beispiel <https://www.stuttgart.de/wirtschaftsfoerderung/nachhaltig-fit> (Anmerkung 1) – hilft, diese Leistungen publik zu machen und einen Sog hin zur Gemeinwohl-Orientierung von Wirtschaftsunternehmen zu erzeugen.

CDU

Das Stuttgarter Beispiel klingt interessant und wir beobachten gern, wie das Angebot dort von den KMU angenommen wird und prüfen, was Hamburg davon übernehmen kann.

FDP

KMU bilden nach Auffassung der Freien Demokraten das Rückgrat unserer Wirtschaft. Eine einmalige Zertifizierung könnte aus unserer Sicht Teil eines entsprechenden Förderprogramms der FHH sein. Hierbei sollte sich jedoch zunächst auch die Selbstverwaltung der Wirtschaft, also allen voran die Kammern, mit Angeboten und Lösungsvorschlägen einbringen. Aus Perspektive der Freien Demokraten kann eine regelhafte Subventionierung privater Unternehmen durch die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler nicht die Lösung sein. Mittelfristig müssen sich entsprechende Maßnahmen selbstständig finanzieren können, indem sie sich in einer entsprechend höheren Zahlungsbereitschaft durch Kundinnen und Kunden widerspiegeln.

SPD

Wir werden diesen Vorschlag prüfen.

Grüne

Bündnis 90/ Die Grünen sind der Gemeinwohl-Ökonomie freundschaftlich verbunden und unterstützen die Bemühungen, gemeinwohlorientiertes Unternehmer*innen-tum und Gemeinwohlbilanzierung durchzusetzen. Deshalb haben wir in unser Regierungsprogramm ein „Cluster Nachhaltige Unternehmen“ aufgenommen, „in dem die vielen Hamburger Betriebe sich vernetzen können, die bereits auf dem Feld öko-sozialer Marktwirtschaft, circular and fair sharing economies und Gemeinwohlökonomie wirtschaften. Aus dem neuen Cluster soll eine Innovationsstrategie für die sozial-ökologische Wende Hamburgs entstehen.“

Wir teilen diese Forderung, nicht nur, sie steht in unserem Regierungsprogramm im Kontext des „Cluster Nachhaltige Unternehmen“: „Darüber hinaus soll dieses Cluster (bei Bedarf) Unternehmen auch gezielt bei der Anfertigung und Weiterentwicklung der Gemeinwohlbilanzierung unterstützen.“

Linke

Wir wollen auch in der Wirtschaftsförderung neue Wege anbieten und werden uns dafür einsetzen, dass in die Wirtschaftsförderungspolitik auch die Gründung von Genossenschaften und alternativer Unternehmensformen des solidarischen Wirtschaftens mitberücksichtigt werden. Wir setzen uns dafür ein, dass die Vergabe von öffentlichen Aufträge an die Tarifbindung der Firmen gekoppelt wird. Die soziale Situation der Kleinstunternehmen und Soloselbstständigen muss dringend verbessert werden. Wir möchten für diese ein eigenständiges und niedrighschwelliges Beratungs- und Förderangebot schaffen. Die besondere Berücksichtigung von Unternehmen, die sich dem Gemeinwohl verpflichten und nachprüfbar gemeinwohlorientiert handeln, ist dabei ein denkbarer Weg.

3. Die Wirtschaftsförderung der FHH initiiert ein Kompetenz-Zentrum „Gemeinwohl“ zur Bildung/Beratung/Vernetzung/Dokumentation/Bereitstellung von Fördermitteln für KMU's.

Begründung: Die Umorientierung von der vorherrschenden Profitorientierung in der Wirtschaft auf Kooperation und das Gemeinwohl ist ein fundamentaler Wechsel. Das vorgeschlagene Gemeinwohl-Zentrum soll ein zentraler Promoter dafür werden. Erste Untersuchungen der Wirkungen der Gemeinwohl-Bilanzierung belegen, dass die entsprechenden Unternehmungen attraktiver für MitarbeiterInnen wurden und mehrheitlich auch wirtschaftlich erfolgreicher (Anmerkung 2).

CDU

Schon jetzt berät und fördert die IFB Hamburg als Investitions- und Förderbank Unternehmen, die mit der Entwicklung von innovativen Produkten, Verfahren oder Dienstleistungen einen Beitrag zum Klima- und Umweltschutz leisten. Die Anreize zum nachhaltigen Wirtschaften sollten allerdings ausgebaut werden.

FDP

Aus Sicht der Freien Demokraten sollte nicht die städtische Wirtschaftsförderung selber eine derartige Rolle übernehmen. Die entsprechende Kompetenz sollte vielmehr bei den Selbstverwaltungsorganen der Wirtschaft, mithin insbesondere den Kammern, vorgehalten werden, soweit diese bzw. ihre Mitglieder es wünschen. Diese sind näher an den jeweiligen Akteuren und können dann auch Arbeitskreise oder Runde Tische organisieren. Wir unterstützen in diesem Zusammenhang bspw. den Aufbau eines regionalen Innovations- und Vernetzungszentrums im Bereich Social Entrepreneurship ebenso wie die Ausweitung bestehender Angebote der Wachstums- und Finanzierungsförderung auf soziale Entrepreneure.

Wir Liberale sehen im Übrigen keinen in der obigen Erläuterung suggerierten, grundsätzlichen Gegensatz zwischen „Profit“ auf der einen und Gemeinwohl auf der anderen Seite. Vielmehr ermöglicht eine Gewinnrücklage in vielen Fällen auch erst ein Handeln im Sinne des Gemeinwohls, indem ein Unternehmen bspw. Krisenzeiten besser überstehen und nicht in die Insolvenz gehen und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer entlassen muss. Zudem hilft ein Gewinn auch beim Stemmen der zahlreichen Modernisierungsinvestitionen, die anstehen, um sich den Herausforderungen von Klimawandel und Digitalisierung erfolgreich zu stellen.

SPD

Wir setzen uns für gemeinwohl-orientierte Unternehmen ein: Um das Innovationspotenzial unserer Bürgerinnen und Bürger zu entfalten, brauchen gute, gemeinwohlorientierte Ideen unsere politische Unterstützung. Wir werden innovative Social Entrepreneurs bei der Gründung und Weiterentwicklung fördern. Wir erarbeiten gemeinsam mit der Szene eine

Social Entrepreneurship-Strategie, durch die soziale Unternehmen die Sichtbarkeit, Vernetzung, und Förderung erhalten, die sie für ein gemeinwohlorientiertes Wirken und Wirtschaften brauchen. So bringen wir innovative Ideen, kreative Köpfe und noch mehr gesellschaftlichen Fortschritt in die Hansestadt. Zudem unterstützen wir auf diese Weise neue Lösungen zum Erreichen der nachhaltigen Entwicklungsziele 2030 (SDGs) für Hamburg.

Grüne

Wir teilen diese Forderung, nicht nur, sie steht in unserem Regierungsprogramm im Kontext des „Cluster Nachhaltige Unternehmen“: „Gerade die vielen kleinen und mittleren Unternehmen und die innovativen Neugründungen bestätigen den Bedarf nach einer solchen Dachstruktur, die Best Practice, gegenseitige Information und insbesondere einen kurzen Draht zur Politik herstellt.“ (...) Unser besonderes Augenmerk gilt Gründer*innen, die sich als Social Entrepreneurs explizit der Lösung gesellschaftlicher Herausforderungen auf dem Weg zur sozial-ökologischen Wende widmen. Denn diese Pionier*innen gehen in der klassischen Gründer*innenförderung oft unter.“

Linke

siehe unter 2)

4. Mit den Beschaffungsrichtlinien der FHH und ihren Beteiligungsunternehmen sowie bei öffentlichen Aufträgen werden Lieferanten/Organisationen bevorzugt, die einen Nachhaltigkeitsnachweis, bevorzugt eine Gemeinwohl-Bilanz, vorweisen können.

Begründung: Die öffentliche Hand hat mit ihrer Einkaufsmacht einen wichtigen Hebel zur Umsteuerung der Art des Wirtschaftens in der Hand. Er soll zielgerichteter eingesetzt werden.

CDU

Zwar gibt es seit diesem Jahr einen aktualisierten Leitfaden zur umweltverträglichen Beschaffung, allerdings müssen wir immer wieder feststellen, dass sich der Senat nicht an seine eigenen Vorgaben hält. Momentan hapert es also vor allem an der Umsetzung, was wir bereits mehrfach kritisiert haben, so zuletzt in dem Antrag „Alu-Müllberge verhindern – Verpackungsmüllwende in den Hamburger Haftanstalten durch eine nachhaltige Politik herbeiführen“.

FDP

Wir Freie Demokraten sehen durchaus eine Vorbildfunktion von Verwaltung und öffentlichen Unternehmen in Fragen der Beschaffung. Darunter fällt jenseits der haushaltsrechtlich vorgegebenen Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit bei der Verwendung von Steuergeldern auch ein ethisch vertretbares Einkaufsverhalten. Seit 2016 gilt in Hamburg bereits der ‚Leitfaden umweltverträgliche Beschaffung‘ für die Dienststellen der Stadt; zuletzt wurde er in diesem Jahr aktualisiert und ist auch den öffentlichen Unternehmen Hamburgs zur Anwendung empfohlen. Dieser Leitfaden enthält bereits zahlreiche Nachhaltigkeitskriterien und könnte ggf. auch noch entsprechend erweitert werden. Letztlich kann es dabei jedoch keine pauschale Bevorzugung von einzelnen Zertifizierungen geben. Vielmehr müssen die Einkäufer in jedem Einzelfall eine Abwägung treffen können, welche Kaufentscheidungskriterien jeweils wie gewichtet werden sollen.

SPD

Zur Nachhaltigkeitsstrategie der SPD und schon jetzt des SPD-geführten Senats gehören zudem – ressortübergreifend – Themen wie nachhaltiger Einkauf, eine nachhaltige Immobilienwirtschaft und allgemein Green Finance auf den verschiedenen Arbeitsfeldern und -ebenen praktisch umzusetzen. Der 2019 neu aufgelegte Leitfaden zur umweltverträglichen Beschaffung dient dazu, die öffentliche Beschaffung an Nachhaltigkeit auszurichten. Soziale Aspekte, insbesondere unter dem Gesichtspunkt „Fair Trade“, sollen künftig neben ökologischen und natürlich auch ökonomischen Kriterien mit ausschlaggebend beim Einkauf von Produkten wie Möbeln oder Textilien sein.

Grüne

Wir teilen diese Forderung, nicht nur, sie steht in unserem Regierungsprogramm an verschiedenen Stellen: „Die Stadt ist selbst eine große Arbeitgeberin und ein gewaltiges Unternehmen. Daraus ergibt sich die gesellschaftliche Verantwortung, Beispiele für ökologisch, solidarisch und ökonomisch nachhaltiges Wirtschaften zu setzen.“ (...), „Wir haben 2016 Deutschlands ambitioniertesten Beschaffungsleitfaden beschlossen, der eine Priorität von FairTrade-Produkten vorsieht und zu einem Einsatz von 10% Bio-Produkten verpflichtet.“ (...), „Unsere Behörden sind heute schon verpflichtet, ökologische Kriterien und fairen Handel beim Einkauf zu berücksichtigen.“ (...), „Mit Blick auf städtische Beschaffung werden wir einen Schwerpunkt auf langlebige, reparierbare Gegenstände legen und lokale Kreisläufe fördern. Lebensmittel für Kantinen und andere städtische Einrichtungen sollen zunehmend lokal und ökologisch eingekauft werden. Für den städtischen Einkauf wollen wir die Gemeinwohl-Matrix nutzen und auf Hamburger Bedürfnisse anpassen.“ (...), „Klar ist auch, dass die öffentliche Hand bei der ökologischen Modernisierung nicht hinterherhinken darf, weswegen wir die öffentliche Beschaffung konsequent auf die jeweils ressourcenschonendsten Produkte und Dienstleistungen ausrichten wollen.“ (...), „Die Versorgung in den Mensen der Hochschulen unserer Stadt soll gesünder und umweltverträglicher werden. Daher wollen wir ausgehend von einem Mensastandort als Flugschiffprojekt die Beschaffung der Lebensmittel von regionalen und bio-zertifizierten Anbieter*innen erreichen.“

Linke

siehe unter 2)

5. Die Freie Hansestadt Hamburg - oder einzelne Bezirke als Pilotprojekt – erstellen eine Gemeinwohl-Bilanz für sich selbst.

Begründung: Die Stadt selbst ist ein großer ‚Konzern‘ mit zehntausenden von MitarbeiterInnen und vielen Milliarden Euro Budget. Die Gemeinwohl-Bilanz eignet sich hervorragend dazu, den Grad der Umsetzung der Sustainable Development Goals umfassend und ehrlich zu dokumentieren. Die Stadt soll mit gutem Beispiel vorangehen, um Unternehmen zum Umsteuern in Richtung Gemeinwohl anzuregen. Unsere oben genannten Vorschläge sehen wir nur als Türöffner für die dringende sozialökologische Transformation. Dafür müssen die kandidierenden Parteien entsprechende Konzepte für den Wandel zu einer gemeinwohlorientierteren Wirtschaftsweise entwickeln. Dabei unterstützen wir sie gerne.

CDU

Hamburgs Haushaltswesen ist vor allem dank der Vorarbeit aus CDU-Regierungszeiten im Vergleich zu anderen Bundesländern äußerst transparent aufgestellt. Allerdings sehen wir auch immer noch zahlreiche Verbesserungsmöglichkeiten, an deren Umsetzung wir arbeiten.

FDP

Für einen so großen ‚Konzern‘ wie die FHH ist die Erstellung einer Gemeinwohl-Bilanz sicher keine einfache Aufgabe, zumal die Stadt anders als viele private Unternehmen über extrem unterschiedliche Aufgabenbereiche verfügt. Der Allgemeine Soziale Dienst in den Bezirksämtern hat bspw. eine fundamental andere Aufgabe als die Polizei, und im Idealfall ist auch die jeweilige „Kundenstruktur“ nur bedingt vergleichbar...

Es gibt aber Überlegungen, die Erreichung der Ziele für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen über Kennzahlen im modernen, doppelstrahligen Haushaltswesen der Stadt besser messbar zu machen. Hierbei können sicherlich auch Hinweise der Initiativen der Gemeinwohl-Ökonomie einen wertvollen Beitrag leisten.

SPD

Auf gesamtstädtischer Ebene werden die Nachhaltigkeitsziele am effektivsten über die Haushaltssteuerung (alle Ressorts) und Haushaltsberichterstattung verfolgt. Diese sind – wie die Nachhaltigkeitsberichte – öffentlich. Diese Transparenz ermöglicht den Diskurs mit der Zivilgesellschaft, was eine gute Voraussetzung für die weitere Entwicklung ist.

Mit dem im Jahr 2019 vorgelegten Geschäftsbericht 2018 wurde die Grundlage dafür gelegt, die integrierte Nachhaltigkeitsberichterstattung erstmals deutlich auszuweiten. Hierbei liegt der Fokus insbesondere auf den Sustainable Development Goals (SDG), die als Zielvorgabe auch für Hamburg maßgeblich sind. Diese Berichterstattung soll Schritt für Schritt ausgebaut werden. Ziel ist, auch in der Haushaltsberichterstattung künftig stärker auf

die Ziele der Nachhaltigkeit einzugehen und zusätzlich zur finanziellen Perspektive auch soziale, ökologische und gesellschaftliche Aspekte in den Blick zu nehmen und somit das Bild über das Handeln der Stadt zu komplettieren.

Ein weiteres wichtiges Element einer Gemeinwohl-Bilanz ist der Personalbericht. Der jüngste „Personalbericht 2019“ wurde kürzlich (22.10.2019) beschlossen und der Bürgerschaft zugeleitet – auch er wird ständig weiterentwickelt und ist eine Basis für politische Entscheidungen. Seine Gemeinwohl-Bedeutung zeigt sich z.B. an folgenden Themen und Zahlen: Für Bildung wurden über 400 neue Vollkräfte, zumeist Lehrerinnen und Lehrer sowie Sozialpädagogische Fachkräfte gewonnen – zudem etwa 150 Vollkräfte für die Bezirksämter für Bürgerservice und Soziales, Jugend und Gesundheit. Der Personalbericht spiegelt die zentralen Entwicklungen im Personalwesen der Verwaltung sowie der Betriebe und öffentlichen Unternehmen.

Grüne

Es sollte deutlich geworden sein, dass wir in der Gemeinwohlbilanz große Chancen für die Stadt sehen. Inwieweit auch der städtische Haushalt selbst in diese Bilanzierung einbezogen werden kann, beispielsweise über die Kennzahlen im Haushalt, werden wir prüfen.

Linke

siehe unter 1)

GWÖ Hamburg

Unsere oben genannten Vorschläge sehen wir nur als Türöffner für die dringende sozial-ökologische Transformation. Dafür müssen die kandidierenden Parteien entsprechende Konzepte für den Wandel zu einer gemeinwohlorientierteren Wirtschaftsweise entwickeln. Dabei unterstützen wir sie gerne.

Anmerkungen:

1) die Ausschreibung siehe <https://www.stuttgart.de/wirtschaftsfoerderung/nachhaltig-fit>

- Erfahrungen des ersten „Konvoi“ siehe

<https://www.stuttgart.de/item/show/273273/1/9/673313>

2) Joan Sanchis/ Vanessa Campos, Analysing the ECG- Model. Statistical Validation of it's Metrics and Impacts in the Business Sphere, Valencia 2019